

# Nazi-Täter kassieren weiter

**GESETZ** Seit 18 Jahren ist es möglich, Nazi-Tätern die Kriegsofferrente zu entziehen. Doch das geschieht kaum. Das Internationale Auschwitz-Komitee nennt das „erbärmlich“

VON KLAUS HILLENBRAND

BERLIN taz | Weitgehend wirkungslos ist ein 18 Jahre altes Bundesgesetz geblieben, nach dem NS-Tätern ihre Kriegsofferrenten entzogen werden sollten. Obwohl von mehreren Zehntausend Betroffenen ausgegangen worden war, sind bis heute nur in 99 Fällen solche Renten von den Behörden kassiert worden. Seit 2008 ist kein einziger neuer Fall hinzugekommen. Das geht aus dem Schlussbericht des Bundesarbeitsministeriums hervor, der jetzt bekannt geworden ist.

Efraim Zuroff vom Jerusalem Simon Wiesenthal Center nannte das Ergebnis gegenüber der taz „ausgesprochen deprimierend“. Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, bezeichnete den Vorgang als ein „abscheuliches und jammervolles Kapitel des Versagens“. Statt mit Strafen seien die mutmaßlichen Nazi-Täter „gut mit Rentengeld versorgt worden“, sagte Heubner der taz.

Eine Sprecherin des Arbeitsministeriums nannte die absolute Zahl der tatsächlichen Entziehungen „gering“. Gleichwohl sei eine Änderung des Gesetzes „nicht geplant“, sagte sie.

Der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Grüne) will sich damit nicht zufrieden geben. „Wer in KZs an der Ermordung von Juden mitgewirkt hat, hat keine Kriegsofferrente verdient“, sagte Beck der taz. Es sei „höchste Zeit, dass in den Ländern mehr fachliche und sachliche Kompetenz aufgewendet wird, um diese Fälle zu verfolgen“.

Der Bundestag hatte 1997 eine Neufassung des Paragraphen 1a des Bundesversorgungsgesetzes beschlossen, nach dem Personen, die gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit in der Zeit des Nationalsozialismus verstoßen hatten, die Kriegsofferrente entzogen werden konnte.



Auch die Witwe Reinhard Heydrichs (links vorne) erhielt eine üppige Rente Foto: Prague Military History Institute/reuters

Diese Zusatzrente bezogen damals noch rund eine Million Kriegsteilnehmer oder deren Witwen.

Erwartet worden war damals, so der schon Mitte November veröffentlichte Schlussbericht aus dem Arbeitsministerium, dass das Gesetz rund 50.000 potenzielle NS-Täter betreffen

Kontroversen. Entsprechende Renten erhielten etwa die Witwen des 1941 getöteten Chefs des SS-Reichssicherheitshauptamts Reinhard Heydrich und des als „Blutrichter“ berüchtigten Vorsitzenden des Volksgerichtshofs Roland Freisler, der 1945 bei einem Bombenangriff in Berlin gestorben war.

Die nun erfolgte Evaluierung des Gesetzes in Kooperation mit dem Simon Wiesenthal Center kommt zu dem Ergebnis, dass mehrere Gründe dazu geführt hätten, dass nur in 99 Fällen die Kriegsofferrenten entzogen worden sind. Dazu zählt die fehlende Digitalisierung der Namenskartei bei der Zentralen Stelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, fehlende Vornamen und Geburtsangaben bei Amtären sowie zu geringe materielle und personelle Ressourcen.

Zudem verweist der Bericht auf die „unterschiedliche Auslegung“ des neuen Gesetzes, die zu konträren Entscheidungen der Versorgungsverwaltung

führten. Weiterhin wurden mehrere Entscheidungen von deutschen Gerichten wieder kassiert.

Unter den 99 Personen, denen die Kriegsofferrenten entzogen worden ist, befinden sich 14 ehemalige SS-Angehörige, die in Konzentrationslagern eingesetzt worden waren, sechs Angehörige von Polizeibataillonen und ein in die „Euthanasie“-Morde Verwickelter. Ihre Opferrente behalten durften dagegen etwa ein SS-Unterscharführer, der in den KZs Ravensbrück und Sachsenhausen Dienst getan hatte, ein Posten- und Blockführer in Auschwitz und die Witwe eines SS-Unterscharführers aus dem KZ Mauthausen.

Angesichts der Zahlen lautet das Fazit von Christoph Heubner vom Internationalen Auschwitz-Komitee: „Wenn man daran denkt, mit welcher Kälte und herrischen Distanz vielen NS-Opfern anfangs Renten verweigert wurden, ist das alles nur erbärmlich zu nennen.“

## Statt mit Strafen seien die Nazi-Täter „gut mit Rentengeld versorgt worden“

würde. Eine der Bundesrepublik zugewandene Liste des Simon Wiesenthal Centers führte damals sogar die Namen von 76.000 Personen auf, die gegen Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hätten.

Schon in den 1950er Jahren waren die Kriegsofferrenten, die als Zusatzleistungen für kriegsbedingte Schäden bezahlt werden, Anlass zu heftigen

# Ab jetzt wieder kämpfen

**PARTEITAG** In Essen will die CDU Merkel als Vorsitzende wiederwählen. Streit mal wieder: die Obergrenze



Angela Merkel, hier bei ihrer ersten Wahl zur Vorsitzenden 2000 Foto: dpa

BERLIN taz/afp | Die Überraschung hat die CDU vorweggenommen: Bei ihrem Parteitag in Essen, der am Dienstag beginnt, weiß jeder schon, dass Angela Merkel Spitzenkandidatin wird. Schon Mitte November hat sie alle Spekulationen beendet. Die Aufmerksamkeit wird sich nun auf ihr Wahlergebnis zur Parteivorsitzenden richten müssen.

96,7 Prozent waren es vor zwei Jahren in Köln. Dieses Ergebnis wird sie nicht noch einmal holen können. Die Flüchtlingsdebatte der jüngsten Zeit

## Die Obergrenze sei eine „Symboldebatte“, kritisiert Finanzminister Schäuble

hat in vielen CDUlern Zweifel an ihrer Vorsitzenden hervorgerufen. Merkel, so ist anzunehmen, wird ein Minus aushalten können: Die Führungsfrage gilt – vorerst – als geklärt.

Für ihren Generalsekretär Peter Tauber werden in Essen die

Weichen fürs Wahljahr gestellt. Dass „Wahlkampf von Kämpfen“ komme, werde die CDU 2017 unter Beweis stellen. Nicht nur die Sozialdemokraten werden dann die Konkurrenz stellen, sondern auch die Alternative für Deutschland. Von Essen aus ein starkes Zeichen gegen Parteienverriss zu senden, wird daher nahezu unmöglich sein. Zu zerstritten ist die CDU in der Flüchtlingsfrage. Vom Daueroff mit der CSU, mit der sie gemeinsam Wahlkampf machen soll, ganz zu schweigen.

Und der ist wieder entfacht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies die Forderung nach einer Obergrenze als unnötige „Symboldebatte“ zurück. Das Grundrecht auf Asyl könne keine Obergrenze. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) verteidigte diese wiederum als wichtig für „das mentale Gewissen des Volkes“. 200.000 Flüchtlinge pro Jahr soll die Obergrenze nach CSU-Willen betragen.

Merkel hat diese wiederholt abgelehnt. Im Leitartikel für den Parteitag steht lediglich: „Die Ereignisse des vergangenen Jahres dürfen sich nicht wiederholen.“

Wenn nötig, sollten „weitere Maßnahmen, wie etwa Transitionen“, beschlossen werden. Nach dem Vorbild des Flüchtlingsdeals mit der Türkei sollen mit afrikanischen Staaten Vereinbarungen geschlossen werden, um auf See gerettete Flüchtlinge direkt nach Nordafrika zurückbringen zu können.

„Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ lautet der Titel des Leitartikels. In der Sicherheitspolitik will die CDU mehr Geld im Kampf gegen Terrorismus und Einbrüche ausgeben. Daneben postuliert sie eine „Leitkultur“ als einigendes Band in einer pluralen Gesellschaft. Dazu soll auch ein Verbot von Vollverschleierung, „unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen“ gehören.

Und bei der Wirtschaft macht sich die CDU bereit für Schwarz-Grün. Anders ist kaum zu verstehen, dass im Leitartikel statt des Wortes Steuererhöhungen nun „Steuerquote“ steht. Insider vermuten, dass damit Spielraum für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei Koalitionsverhandlungen geschaffen werden soll.

## LESERINNENBRIEFE

taz.die.tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin  
briefe@taz.de | www.taz.de/zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Ignoranz der „Exzellenzen“

**■ betr.: „Neoliberale dominieren die Lehrstühle“, taz vom 30. 11. 16** Ulrike Herrmanns zutreffende Bestandsaufnahme zum Zustand der Lehre in den ökonomischen Studiengängen füge ich zwei Aspekte hinzu:

Erstens: Die Neoklassik kann in den Lehrbüchern nur deshalb als „gesichertes“ ökonomisches Wissen auftreten, weil im Studium selbst keine Theoriegeschichte der Disziplin vermittelt, geschweige denn kritisch im Lichte der Gegenwart diskutiert wird. Die Studierenden lernen nicht, konkurrierende Ansätze zu beurteilen, und wachsen in einem geistigen TINA-Milieu auf: There Is No Alternative. Über die politischen Folgen brauchen wir uns nicht zu wundern.

Zweitens: Im internationalen Vergleich ist an den deutschen Universitäten die Ökonomie als Wissenschaft besonders starr auf die Neoklassik fixiert und entzieht sich damit weitgehend dem wissenschaftlichen Streit – so kam die Anfälligkeit der Wirtschaft für Finanzkrisen in den einschlägigen Lehrbüchern nicht vor. Eines der wenigen volkswirtschaftlichen Lehrbücher, in dem konkurrierende Theorien vergleichend dargestellt sind, haben die Fachhochschulprofessoren Michael Heine (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) und Hansjörg Herr (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) geschrieben. Hier ist die klassische Ökonomie und deren Kritik durch Marx ebenso berücksichtigt wie der Keynesianismus und die Neoklassik in ihren Varianten. Man sieht: „Exzellenz“ kann an den Wirtschaftsfakultäten der Universitäten auch mit Ignoranz einhergehen. ULF KADRITZKE, Berlin

## Neoliberalismus ist Glaubenssache

**■ betr.: „Neoliberale dominieren die Lehrstühle“, taz vom 30. 11. 16** Erstaunlich seit Jahrzehnten: Die Absolventen dieser neoklassischen Volkswirtschaftslehre treffen später oft beim Marketing mit Marktforschern und Werbefachleuten zusammen, um neue Kampagnen zu entwickeln. Spätestens dann wird klar, dass es den Homo oeconomicus nicht gibt. Weil auch Kaufentscheidungen weniger von rationalen als mehr emotionalen Motiven beeinflusst werden. So ist Neoliberalismus wie Religion also Glaubenssache – hat nichts mit Ratio zu tun. THEO KRÖNERT, Kaisersbach

## Umdeutung eines Begriffs

**■ betr.: „Studie: Die Internationale der Ängstlichen befördert die Populisten“, taz vom 1. 12. 16** Globalisierung – wird da ein Begriff umgedeutet? Bis letzte Woche war „Globalisierungskritik“ ein linkes Thema. Occupy und so. Nach dieser Studie sind es auf einmal vor allem Ältere mit niedriger Bildung, „die mit rechtsnationalen und populistischen Parteien sympathisieren“, die Furcht davor haben! Mit Umfragen und Statistik kann man eben alles belegen. ULRIKE NEHLS, Reutlingen

## Prinzip Doppelspitze

**■ betr.: „Rot-Rot-Grün: Kann das klappen?“, taz vom 3./4. 12. 16** Sahara Wagenknecht ist Co-Fraktionsvorsitzende, Cem Özdemir Co-Parteivorsitzender. Trotzdem werden beide (nicht nur in eurer) Berichterstattung regelmäßig als „Parteichefin“ oder „Parteichef“ bezeichnet. Das Konzept der Doppelspitze gehört in beiden Parteien zu den grundständigen Prinzipien. Es stellt aus meiner Sicht eine wichtige Weiterentwicklung der in anderen Parteien praktizierten Führungskultur da. Umso mehr jetzt, wo in der Politik und anderswo oft Inhalte zugunsten vermeintlicher Charaktere hintangestellt werden. Bitte macht zumindest ihr einen Unterschied und nehmt euch die Zeit/den Platz für die richtige Bezeichnung. CLAUDIA HOELL, Burgkirchen

## Ruchloses Vorgehen

**■ betr.: „Kinderarbeit für Eiscreme“, taz vom 1. 12. 16** Zu diesem Artikel möchte ich an das umfangreich recherchierte Buch von Kathrin Hartmann, „Aus kontrolliertem Raubbau“, erinnern, das 2015 erschienen ist und klar macht, wie wir und unsere Konzerne die Erde zu unserem momentanen Vorteil kolonisieren und zerstören. Wilmar, Unilever und der WWF werden wegen ihres ruchlosen Vorgehens angeprangert. Für uns in Deutschland noch belastender als die Verteilung und (praktische) Versklavung der indigenen Bevölkerung ist die Verwendung des Palmöls als Zusatz zu Dieselöl. Nicht nur werden Tiere und Menschen durch Vernichtung von Urwald vertrieben. Nein, wir betreiben von Regierungsseite Schönfärberei, wenn Palmöl mehrfach (beim Abtrennen des Urwalds sogar vielfach) umweltschädlicher ist als herkömmlicher Dieseltreibstoff, und obendrauf kommt noch die Betrüger der Autoindustrie beim Schadstoffausstoß, die von Regierungsseite toleriert oder sogar durch Nichtstun gefördert wird und die Umweltbilanz noch höher belastet. JÜRGEN WEINERT, Birkenwerder

## Verrückter Tyrann gestürzt

**■ betr.: „Diktatorischer Präsident gesteht Niederlage ein“, taz vom 3. 12. 16** Und nun hat es die kleine Gambia der Welt gezeigt: Während nahezu alle Welt dazu tendiert, unberechenbare Psychopathen in höchste Ämter zu wählen, haben die gambischen Wähler einen verrückten Tyrannen durch einen seriösen Politiker ersetzt. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die Zukunft. FRANK STENNER, Cuxhaven